



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher 24824 - 33
Fernschreiber 0886990

P/XIII/150 - 8. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Chruschtschow auf dem SED-Parteitag Preis für die Wiedervereinigung wird höher	48
2 - 2a	Finnland wählte einen neuen Reichstag Politische Lage unsicherer als zuvor	63
3	"Politik der atomaren Aufrüstung" fortsetzen Überlegungen nach einer Landtagswahl	49
4 - 5	Haushalt 1958 Ein notwendiger Rückblick Von H.G. Ritzel, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses	73
6 - 7	Ein unverständliches Kieler Urteil Berufung auf Görings Gnadenlaß	72

* * * * *
* * * * *

Chruschtschow auf dem SED-Parteitag

sp - Vor vier Jahren war der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion, Mikojan, Gast auf dem damaligen SED-Parteitag. Schon seinerzeit wurde die Anwesenheit eines der Spitzenmänner des Kreml als der Beweis dafür gedeutet, dass Moskau den Preis für die Wiedervereinigung Deutschlands immer höher zu schrauben gedenkt.

Jetzt kommt Chruschtschow nach Pankow, womit erneut demonstriert wird, welche grosse Bedeutung die Sowjetunion der von ihr politisch gehaltenen "DDR" beimisst. Der Preis für ihre Aufgabe durch Moskau und damit für die Wiedervereinigung ist jetzt also auf die Spitze getrieben worden, nachdem der Westen - einschliesslich der Regierung der Bundesrepublik - in den vergangenen Jahren manche Gelegenheit ungenutzt gelassen hat, um ein sachlich nüchternes Gespräch über die Schicksalsfrage der deutschen Nation mit der vierten Siegermacht des zweiten Weltkrieges zu führen.

Muss noch einmal daran erinnert werden, dass der hoffnungsvollen Ansätzen nach der Genfer Gipfalkonferenz im Sommer 1955 die Realisierung der Aufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der NATO begann und dass von diesem Zeitpunkt an bis zur Ablehnung des Rapacki-Plans mit dem manifestierten Willen zur atomaren Aufrüstung Westdeutschlands praktisch kein Gespräch mehr mit Moskau über die Wiedervereinigung geführt worden ist?

Chruschtschows Anwesenheit in Ostberlin unterstreicht die Absicht Moskaus, den auf diese Weise hochgetriebenen Preis für die Lösung des Deutschlandproblems zu halten. Die Anwesenheit dieses Mannes ist ein Programm. Was er in Berlin sagen wird, welche neuen taktischen Verhandlungsangebote er auch machen mag - jede Äusserung Chruschtschows wird im Kern der Hinweis auf die militärische Bedeutung der "DDR" für die Sowjetunion enthalten, deren Aufgabe nur durch einen "angemessenen" Tausch von gleicher militärischer Bedeutung diskutabel sein dürfte. Die Alternative hierzu - das heisst, wenn aus dem Westen als Antwort darauf wieder nur das Wort "Propaganda" erschallt - wird die Bestätigung der Spaltung Deutschlands und Europas, wird die Bestätigung des Status quo sein.

Es ist möglich zu sagen, dies alles wäre nicht neu. Wenn man es sagt, muss man den Mut haben, vom ganzen deutschen Volk zu fordern, dass es sich mit der Spaltung abfinden und auf erfolgsversprechende Verhandlungen über die Wiedervereinigung verzichten soll; verzichten mit der militärischen Begründung, die atomare Ausrüstung der Bundeswehr sei "eine politische Notwendigkeit, basiert auf der Mitgliedschaft in der NATO". Das Echo hierzu wird der Hinweis aus Pankow auf die "Verpflichtungen der DDR im Warschauer Paktsystem" sein.

Man kann viel und häufig von der Wiedervereinigung reden - und sie trotzdem torpedieren. Entscheidend in all diesen Fragen ist nämlich nicht eine Proklamation des guten Willens, sondern die im Interesse der Überwindung der Spaltung Deutschlands notwendige Einsicht, dass uns die bisherige Politik Adenauers der Wiedervereinigung keinen Schritt näher gebracht hat. Auch daran muss gedacht werden, wenn der Besuch Chruschtschows in Ostberlin richtig eingeschätzt werden soll.

Finnland wählte einen neuen Reichstag

sp - Das Ergebnis der Wahl zum finnischen Reichstag dürfte für das Land der tausend Seen keine innenpolitische Beruhigung bringen. Die Wahlen, die sich ob der Weiträumigkeit des Landes über zwei Tage erstreckten, fanden vor dem Hintergrund einer schleichenden Inflation, eines immer grösser werdenden Staatsdefizite und einer chronischen Arbeitslosigkeit statt, wozu noch die Spaltung der finnischen Sozialdemokratie als der bisher stärksten politischen Gruppe hinzukam. Sie brachte ein neues Unsicherheitsmoment in die finnische Politik. Innerhalb von vier Jahren sah der letzte Reichstag, der wiederholt vor der Auflösung stand, neun Kabinette, was sich für die Stabilisierung der Regierungsgeschäfte nicht gerade förderlich auswirkte. Die letzten Regierungen bestanden aus reinen Fachleuten, allerdings mit einem personellen Übergewicht der Agrarier, jener Partei, die in der Person Kekkonens, eines durch seine taktische Geschicklichkeit bekannten Politikers, den gegenwärtigen Staatspräsidenten stellt. Agrarier und Sozialdemokraten bestimmten abwechselnd und in wechselnden Koalitionen mit anderen Parteien das Geschick Fachkriegsfinnlands.

Das hervorstechendste Ergebnis der finnischen Wahlen ist der Rückgang der Agrarpartei, die von ihren bisherigen 53 Sitzen fünf verlor und der Erfolg der Kommunisten, die mit nunmehr 50 Mandaten ein Viertel aller Sitze im finnischen Parlament einnehmen und damit erstmalig in der Geschichte dieses Landes gleich stark mit der Sozialdemokratie sind; sogar noch etwas stärker, wenn man die abgesplitterten Sozialdemokraten hinzurechnet. Deren Hoffnungen gingen allerdings nicht in Erfüllung. Sie rechneten mit 15 Sitzen, die sie der Mutterpartei abzunehmen gedachten. Die Masse der sozialdemokratischen Wähler erwies sich gegenüber den Abspaltenern als immun; mit 50 Mandaten ziehen die finnischen Sozialdemokraten in den neuen Reichstag ein, um vier weniger als sie vordem besaßen. Der Misserfolg der Spalter wird den Gesundungsprozess innerhalb der finnischen Sozialdemokratie gewiss beschleunigen und den Weg zu einer Re-

organisation ebener, auch wenn die Sozialdemokratie im Parlament zunächst geschwächt worden ist.

Der überraschende Wahlerfolg der finnischen Kommunisten erklärt sich wohl in erster Linie aus einer massiven Intervention der Sowjetunion, die sich einige Wochen vor den Wahlen verpflichtet hatte, einen Investitionskredit für die finnische Industrie zu geben, 12 000 Tonnen Überschussbutter von Finnland zu kaufen, um die Absatzsorgen der finnischen Milchwirtschaft zu heben, und 2000 finnische Arbeitslose beim Bau eines russischen Kraftwerkes in Murmansk zu beschäftigen. Das Hauptübel der finnischen Wirtschaft liegt in der technischen Rückständigkeit der Industrie und in den überhöhten Agrarpreisen, die von den Regierungen unter dem Druck der Agrarier aus wahltaktischen Gründen stets subventioniert wurden. Aus alledem ergab sich eine wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion. Die finnischen Sozialdemokraten zogen mit der Parole "Durch Industrialisierung zum Wohlstand" in den Wahlkampf. Die Krise der finnischen Wirtschaft lässt sich nur beheben, wenn es gelingt, durch eine vermehrte Industrialisierung das Land auch wettbewerbsfähig im Wirtschaftsverkehr mit dem Westen zu machen. Die Agrarier sind aus sehr egoistischen Gründen Gegner einer solchen Politik, weil sie befürchten, durch eine beschleunigte Industrialisierung ihre politische Vormachtstellung zu verlieren. Sie treffen sich hier mit den Kommunisten, denen ein Zustand chronischer Arbeitslosigkeit, vermehrte Inflation und steigende Lebenshaltungskosten nur willkommen sein kann.

Kommunisten und Agrarier, in merkwürdiger Interessensharmonie verbunden, besitzen mit der abgesplitterten Gruppe der Sozialdemokraten im neuen finnischen Reichstag mit 101 von 200 Sitzen die Mehrheit. Finnland geht neuen innenpolitischen Krisen entgegen. Aber, und das ist das Erstaunliche in diesem Land der Mitternachts-sonne, es hat in seiner bisherigen Geschichte auch stets die innere Kraft und den Zusammenhalt gefunden, damit fertig zu werden.

"Politik der atomaren Aufrüstung fortsetzen"

sp - "Es wäre interessant zu erfahren, ob der deutsche Wähler mit seiner Stimme für Adenauer einen festgelegten Weg einschlägt, oder ob er dem Kanzler einen Blankoscheck ausstellt, der ihn selber - den Wähler - von jeder persönlichen Verantwortung befreit ..."

Diese Überlegung stellt die bekannte Pariser Zeitung "Le Monde" nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen an und wirft damit ein Problem auf, das auch in der Bundesrepublik neuerdings immer eifriger diskutiert wird. Die CDU hat auch diesmal den Wahlkampf wieder ganz eindeutig auf die Person Adenauer abgestellt. Uns ist bekannt, dass ihre Wahlstrategen den CDU-Rednern immer wieder geraten haben, in den Versammlungen weniger von der Politik, dafür umso mehr aber von der Person Adenauer zu sprechen. Sie haben dadurch zielbewusst eine Atmosphäre des Vertrauens für eine bestimmte Person schaffen wollen und spekulierten auf die Gefühle jenes Teiles der Wähler, der aus den verschiedensten Gründen der Analyse politischer Gegebenheiten oder gar politischer Zielsetzungen abhold ist. Das soll nicht ein Vorwurf gegen diese Wähler sein, sondern lediglich die Erinnerung an eine Realität, mit der jede Partei besonders bei Wahlen rechnen muss.

Es ist gerade im Wahlkampf Nordrhein-Westfalen aufgefallen, dass die CDU geflissentlich vermieden hat, denjenigen Mann besonders herauszustellen, mit dessen Namen sich ein bestimmter und sehr wesentlicher Teil der Adenauer-Politik verbindet: Franz Josef Strauss. Wo Strauss auftritt, weiss man, dass von der Atombewaffnung geredet werden muss. Weil man aber darüber nicht reden wollte, hat man Strauss, der doch anerkanntermassen einer der wirkungsvollsten Redner der CDU ist, nach Möglichkeit aus diesem Wahlkampf herausgelassen. Dadurch wurde erreicht, dass die harte Realität der von Adenauer angestrebten atomaren Bewaffnung der Bundeswehr nur insoweit in das Bewusstsein der Wähler drang, als es den Gegnern eben dieser atomaren Aufrüstung gelungen war, eines der drängendsten Gegerwartsprobleme der deutschen Politik in den Vordergrund der Auseinandersetzungen zu stellen.

Adenauer wurde also ohne den Atomaktivisten Franz Josef Strauss präsentiert, wodurch seiner Politik der Anstrich des Makabren zu einem guten Teil genommen werden konnte. Dass der CDU trotz ihres Wahlerfolges dieser Trick jedoch nicht ganz gelang, beweist ihr Stimmenverlust und der Stimmengewinn der Sozialdemokraten seit der Bundestagswahl.

Aber unabhängig davon: der Erfolg der CDU ist unbestreitbar. Das wird ihr jeder bescheinigen, auch wenn er den ungeheuren materiellen Aufwand an Propaganda, die direkte und indirekte Einflussnahme kirchlicher Stellen auf den Wähler, sowie die Taktik des Wahlkampfes selbst durchschaut. Im Ausland spricht man über die politischen Ergebnisse einer solchen Wahl gelegentlich offener als hier bei uns in der Bundesrepublik. Es ist daher kein Zufall, dass eine andere französische Zeitung ("Combat") am Montag nach dieser Wahl sehr nüchtern feststellt:

"... nach diesem Sieg in den bedeutendsten der deutschen Länder kann Bundeskanzler Adenauer in aller Ruhe seine Politik der atomaren Aufrüstung fortsetzen".

Dass er es nicht in aller Ruhe kann, dafür wird die Sozialdemokratie auch weiterhin sorgen.

Haushalt 1958

Von H.G. Ritzel, MdB.
Mitglied des Haushaltsausschusses

Die zum Teil turbulent verlaufene Aussprache des Bundestages zur 2. und 3. Beratung des Bundeshaushalts für Rechnungsjahr 1958 hat mit der Annahme des vom Haushaltsausschuss durchberatenen Regierungsentwurfs geendet. Der Haushalt schließt in Einnahme und Ausgabe mit 38 723 900 DM ab. Hiervon entfallen auf den ordentlichen Haushalt, der durch Bundeseinnahmen gedeckt werden soll, rund 36,8 Milliarden DM, auf den ausserordentlichen Teil rund 1,9 Milliarden DM, die durch Schuldaufnahmen gedeckt werden sollen. Sozialdemokraten und Freie Demokraten stimmten gegen das den Haushalt umfassende Haushaltsgesetz, CDU/CSU und DP/FVP nahmen als Regierungsparteien den Haushalt an. Mit diesem Beschluss übernahmen sie eine Verantwortung, die nicht leicht zu tragen sein wird.

Der Haushaltsentwurf wurde in wochenlanger harter Arbeit von den Experten aller Fraktionen durchberaten, aber es wäre falsch, anzunehmen, dass die Beratungen der gestellten Aufgabe hätten gerecht werden können. Die Regierung hat den Haushalt mit einer Verspätung von vier Monaten vorgelegt und sowohl der Haushaltsausschuss als auch das Plenum haben sich bemüht, das Versäumnis der Regierung nach Kräften gutzumachen. Es kam, wie es nicht anders kommen konnte: die zum Teil sehr summarische Beratung blieb an der Oberfläche, an Äusserlichkeiten, an dem gerade Sichtbaren hängen und haften.

Zur Aufklärung der Gründe und Hintergründe fehlte es an der Zeit, sonst wäre der Haushalt erst im November/Oktober fertig geworden und zu diesem Wagnis hatten weder Koalition noch Opposition den Mut, Man half sich im Haushaltsausschuss mit selbst gegebenen Normen, um einen Überrollungshaushalt zustande zu bringen. Auf Stellenhebungen und neue Planstellen wurde weitgehend verzichtet, aber nicht in allen Fällen. Besonders der Haushalt des Verteidigungsministeriums erfuhr trotz der Vorarbeit des Verteidigungsausschusses des Bundestags eine sehr summarische Behandlung. Es bestand beispielsweise keine Möglichkeit, die Berechtigung und die Notwendigkeit zur Errichtung zahlreicher Neubauten wirklich nachzuprüfen. Es bestand keine Möglichkeit, die Wirkung der Landkäufe auch auf Grund des Landbeschaffungsgesetzes auf die allgemeinen Bodenpreise zu prüfen. Es bestand keine Möglichkeit, in Fragen der Organisation und der Bewaffnung den Dingen auf den Grund zu gehen.

Die sozialdemokratischen Experten haben wiederholt den Versuch gemacht, die Dinge gründlicher zu untersuchen. Auch diese Versuche mussten

scheitern, wenn nicht die ganze Haushaltsberatung in Frage gestellt werden sollte. So hat die Opposition in Kenntnis der Regierungsansätze wenigstens den Versuch gemacht, durch zahlreiche Streichungs- und Bewilligungsanträge zur zweiten Beratung dem Haushalt ein einigermaßen erträgliches Bild zu geben. Auch dieser Versuch scheiterte an der sturen Ablehnung aller wichtigen sozialistischen Anträge durch die Regierungsparteien. Selbst als die Opposition zur dritten und entscheidenden Beratung ihre Anträge auf ein Minimum dessen reduzierte, was sie verantworten konnte und durch geeignete Deckungsvorschläge sogar noch zu einer weiteren Senkung der Endsumme des Etats beizutragen bemüht war, fanden ihre Vorschläge keine Gnade vor den Augen der Koalition.

So bleibt es bei der genannten Endsumme, so bleibt es bei der Tatsache, dass der Haushalt nicht nur am Rande des Defizits wandelt, sondern ein defizitärer Haushalt ist. Denn wenn der durch Grundgesetz vorgeschriebene Ausgleich nur durch immer noch zu hohe Steuerschätzungen einerseits, durch Weglassen wichtiger Ansätze, die dann auf dem bequemeren Weg der Bereitstellung überplanmässiger oder ausserplanmässiger Ausgaben durch den Finanzminister finanziert werden und andererseits durch eine beabsichtigte und notwendige Kapitalaufnahme von nahezu zwei Milliarden DM erreicht wird, kann man beim besten Willen nicht von einem normalen Haushaltsausgleich sprechen!

Sozialdemokratische Redner haben in der Etatberatung wiederholt ausgeführt, dass der diesjährige Haushalt der Wahrheit und der notwendigen Klarheit entbehre. In der kommenden Zeit wird der Nachweis für diese Feststellungen eingehender geführt werden, als es während der auf wenige Tage zusammengedrängten und zeitlich rationierten Debatte möglich war. Das Bild des Haushalts 1958 wird von dem Riesenblock der Verteidigungsausgaben überschattet, der einer gründlichen parlamentarischen Kontrolle dringend bedürfte. Schatten liegen auch - und bleiben liegen - auf der von der Regierung Adenauer seit Jahren geübten Politik parlamentarisch nicht kontrollierter Geheimfonds. Alle Bemühungen der Opposition, eine solche Kontrolle zu erreichen, scheiterten an dem sturen Nein der dem Kanzler in diesen Fragen bedingungslos hörigen Koalition.

So war es selbstverständlich, dass der Haushalt nicht die Zustimmung der Oppositionsparteien finden konnte, deren Warnungen und Mahnungen auch hinsichtlich der Sorge um den Haushalt des Jahres 1959 in den Wind geschlagen wurden. Steuerpolitisch gesehen befürchteten die sozialdemokratischen Experten, dass wer Wind sät, nächstes Jahr Sturm ernten wird!

Ein unverständliches Kieler Urteil

mu.- Das Kieler Schwurgericht hat am 4. Juli ein Urteil gefällt, das erhebliches Aufsehen hervorgerufen hat und bei allen jenen, die sich bewußt dem nationalsozialistischen Regime entgegenstemen, viel Bitternis und großen Zweifel an der heutigen Rechtsstaatlichkeit hervorrufen wird. Es hat nämlich dem ehemaligen SA-Mann Boysen auf Kosten der Staatskasse von der Anklage freigesprochen, in der Nacht zum 1. Mai 1933 den sozialdemokratischen Arbeiter Schnoor in einer Kieler Gastwirtschaft erschossen zu haben. Die Anklage hatte demgegenüber 16 Monate Gefängnis wegen Totschlags beantragt.

Das so Bittere an der ganzen Angelegenheit ist, daß der Vorsitzende des Gerichts, Amtsgerichtsrat Finckh, glaubte, sein Urteil auf einen Gnadenerlaß stützen zu müssen, den Göring am 16. August 1933 befohl. Finckh folgerte scharfsinnig, aber wohl recht unpolitisch, daß die Kontrollratsverordnung von 1947, die eine Verfolgung von niedergeschlagenen politischen Verbrechen der Nationalsozialisten wieder ermöglichte, nicht angewendet werden könne. Diese Verordnung der Besatzungsmacht beziehe sich nur auf Straftaten, die mit einer Strafe von über drei Jahren Gefängnis bedroht werden; fahrlässige Tötung hätte aber nach dem im Jahre 1933 geltenden Recht nur mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden können.

Das Urteil wurde sofort von einem hohen Beamten des Kieler Justizministeriums als "unverständlich in seiner Beweisführung" kritisiert. Es war bereits im September 1957 vom Kieler Schwurgericht ein Urteil in der damals ebenfalls geforderten Höhe von 16 Monaten Gefängnis ausgesprochen worden. Der Bundesgerichtshof hatte es dann aber aus formellen Verfahrensgründen aufgehoben. Es wäre zu wünschen, daß Staatsanwalt Albrecht jetzt Revision gegen den Freispruch einlegt und daß die künftigen Richter mit sich zu Räte gehen, um eine revisionsfreie Beweisführung aufzubauen und nicht erneut einen vertretlichen Erlaß von Göring als Kernpunkt ihrer Urteilsfindung betrachten.

Was geschah nun in der Nacht zum 1. Mai 1933 in dem Vereinslokal sozialdemokratisch gesinnter Menschen, die hier mit ihrem Arbeitersportverein, Bandenclub oder ihrer Fußballgruppe zusammenzukommen pflegten? Staatsanwalt Albrecht sagte es im Gerichtssaal in Kiel. Es sei klar,

daß Boysen und seine Kumpanen mit der Absicht in die Gastwirtschaft kamen, um unter den politisch Andersdenkenden "aufzuräumen". Die Aktion, die mit der Tötung des Sozialdemokraten Schnoor endete, war in einem anderen Lokal abgesprochen worden, sagte Albrecht. Wenn er den Schuß aus Versehen abgegeben habe, so hätte er nicht danach Monate lang bei einem Bauern unterzutauschen brauchen.

Aber in dem seltsam geführten Prozeß kamen noch andere Dinge zur Sprache. Da stellte sich einmal heraus, daß der Pflichtverteidiger des SA-Mannes Boysens, der Kieler Rechtsanwalt Bürkner, gleichzeitig die Ansprüche der wenige Tage vor dem Freispruch verstorbenen Witwe des Sozialdemokraten Schnoor und dessen Tochter vor dem Landesentschädigungsamt vertrat. Staatsanwalt Albrecht sah das als Parteiverrat von Anwälten an und forderte, den Rechtsanwalt Bürkner von seinem Amt zu entbinden. Das Gericht indes glaubte das nicht tun zu brauchen, nachdem Bürkner während der Verhandlung die Vertretung von Frau Schnoor und deren Tochter niederlegte.

Auf alle Fälle bleibt die bittere Erkenntnis aus diesem Prozeß zurück, daß es im Dritten Reich offenbar Richter mit größerem Mut gab als jene, die jetzt in Kiel das Urteil über den SA-Mann Boysen zu fällen hatten. Zwar ordnete der preussische Justizminister im Sommer 1933 an, das Ermittlungsverfahren Boysen sei niederzuschlagen, so daß die Kieler Blutvat ungesühnt blieb. Aber ein Kieler Zivilrichter verurteilte dennoch Boysen dazu, der Witwe Schnoor Unterhaltszahlungen zuzugestehen. Boysen überwies jedoch dreimal nur 20 DM, und die abgehärmete Frau, die sich jahrelang durch Gelegenheitsarbeiten mit ihrer Tochter ernähren mußte, weil es für sie keine Rente gab, starb während der Verhandlung, bevor Boysen durch einen seltsamen Kieler Urteilspruch ungeschoren nach Hause gehen durfte. Er konnte es, weil man jenen Göringschen Erlass noch heute für rechtsverbindlich hält..

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete, Fischer, hatte in dem Prozeß als Zeuge aus jener Nacht geschildert, wie schuldig sich Boysen gemacht hatte. Er hatte auch die Vermutung ausgesprochen, daß der nie ermittelte Mörder des im März 1933 in Kiel erschossenen, hochangesehenen sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsther Dr. Spiegel in dem Kreis der Schlägergruppe von Boysen zu suchen sei. Darauf wiederum reagierte das Gericht nicht, und es ist bis heute nicht bekannt, ob nun endlich, 25 Jahre nach dem Mord an Spiegel, jemand bereit ist, gründliche Ermittlungen auch in dieser Angelegenheit anzuerkennen.